

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster
Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Mitglied AfD-Fraktion

Als Vertreter für Herrn Prof. Dr. Preuß Mirco Danner

Landvolkverein

beratendes Mitglied Jan-Gerd Behrends

Entschuldigt:

Ausschussmitglied Kristian Stoermer
Ausschussmitglied Sebastian Seidel
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Von der Verwaltung

Niksa Marušić	Fachbereichsleitung Umweltschutz und Bauordnung (63)
Holger Harms	Fachbereichsleitung Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung (32)
Ralf Kohlwes	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
André Lachmund	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

Protokollführer

Timm Harms Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 04.09.2019 (öffentlicher Teil)
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Landkreisen Friesland, **266/2019** Wesermarsch und Wittmund sowie der Stadt Wilhelmshaven und dem Zweckverband Veterinäramt JadeWeser zur gemeinsamen Bekämpfung bestimmter Tierseuchen im Krisenfall „Tierseuchenkrisenzentrum“ vom 20.12.2006/09.01.2007
- 5 Anträge an den Rat
- 5.1 Antrag Gruppe GUS: Resolution Klimanotstand **523/2019**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Produktberichte II/2019 Teilhaushalte 32/37/63
- 6.2 Bericht von der Demonstration der Landwirte in Oldenburg

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

Im Anschluss daran stellte **Frau Kloster** die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 04.09.2019 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.09.2019 wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den **266/2019** Landkreisen Friesland, Wesermarsch und Wittmund sowie der Stadt Wilhelmshaven und dem Zweckverband Veterinäramt JadeWeser zur gemeinsamen Bekämpfung bestimmter Tierseuchen im Krisenfall „Tierseuchenkrisenzentrum“ vom 20.12.2006/09.01.2007

H. Harms stellte die Beschlussvorlage vor und bat um Zustimmung. Hierzu fragte **Herr Dr. Schulte**, ob bereits Personal gestellt werden würde und ob jede Kommune Logistikmaterial für jede Katastrophe lagern müsse. Hierzu erklärte **Herr H. Harms**, dass zurzeit noch kein Personal gestellt werden würde. Erst im Falle einer Einsatzlage würde Personal gestellt werden. Grundsätzlich würde Seitens des Zweckverbandes ein gewisses Maß an Material gelagert. Für jede Katastrophe könne man sich aber nicht vorbereiten. Im Anschluss daran las Frau Kloster den Beschlussvorschlag vor und ließ darüber abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Dem beiliegenden Vertrag (Anlage 1) zur Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages der Landkreise Friesland, Wesermarsch und Wittmund sowie der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven und dem Zweckverband Veterinäramt JadeWeser zur gemeinsamen Bekämpfung bestimmter Tierseuchen im Krisenfall „Tierseuchenkrisenzentrum“ vom 20.12.2006/09.01.2007 wird zugestimmt.

5 Anträge an den Rat

5.1 Antrag Gruppe GUS: Resolution Klimanotstand

523/2019

Frau Stomberg trug den Antrag der Gruppe GUS vor und bat um Zustimmung.

Ergänzend führte **Herr Marušić** anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus, wie die Verwaltung den Antrag für zukünftige Entscheidungen umsetzen könnte.

Herr Dr. Schulte führte aus, dass die Berücksichtigung von Auswirkungen auf den Klimaschutz grundsätzlich eine gute Idee sei, die Formulierung „Notstand“ allerdings zu sehr polarisieren würde. Zudem sei es objektiv nicht möglich, jede Entscheidung zu überprüfen. **Herr Marušić** führte aus, dass eine Einschätzung zu den Auswirkungen einer Beschlussvorlage auf den Klimaschutz von der Verwaltung erstellt werden könne. Hierzu sei, wie in Osnabrück, ein konkreter Arbeitsauftrag zu erteilen.

Herr M. Harms sah den Antrag der GUS kritisch, da bei Beschlüssen schon jetzt auf den Klimawandel geachtet werden würde. Zudem sei er skeptisch, wie die Arbeit mit dem vorhandenen Personal geschafft werden solle. **Herr Lachmund** bestätigte, dass ein Mehraufwand geleistet werden müsse. Nichtsdestotrotz müsse der Klimaschutz in der Arbeitsweise der Verwaltung stärker verankert werden.

An einer sich anschließenden lebhaften Diskussion beteiligten sich **Herr M. Harms, Frau Stomberg, Herr Heinemann, Frau Kloster, Herr Marušić, und Herr Dr. Schulte**.

Danach ließ Frau Kloster über den Antrag abstimmen. Bei zwei Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

-mehrheitlich abgelehnt-

Die Gruppe Grün-Unabhängig-Sozial beantragt für die November Ratssitzung und für die entsprechenden Fachausschüsse/Gremien ULB, GGS und FiWi sowie VA folgend:

Die Stadt Wilhelmshaven ruft den Klimanotstand aus.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erkennt an, dass die Stadt wächst, sich entwickelt und vielfältige Aufgaben hat. Um diese Entwicklung nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten verabschiedet er folgende Resolution:

Die Stadt Wilhelmshaven

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an
- erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 Grad Celsius zu begrenzen
- berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen. Es werden diejenigen Lösungen bevorzugt, die möglichst stark den Klima-, Umwelt- und Artenschutz berücksichtigen und den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen. Hierzu sollen für sämtliche Beschlussvorlagen die besten Möglichkeiten für Klima-, Umwelt- und Artenschutz dargestellt und anhand der bestmöglichen Lösung bewertet werden
- fordert den Oberbürgermeister auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten und daraus Konsequenzen zu ziehen

Sachverhalt /Begründung:

Der Mensch hat einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind.

Die Erwärmung der Erde muss begrenzt werden, die Weltgemeinschaft hat in Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert. Dieser völkerrechtliche Vertrag muss nun auch auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden, denn der " Klimanotstand ist bittere Realität" wie der neue 25. Klimabericht der UNO Ende März 2019 konstatiert. Die Mehrheit der Menschen sieht den Klimawandel lt. einer internationalen Studie 2018 (PEW Studie 2018) als größte Bedrohung für die Sicherheit und den globalen Wohlstand an.

Der Klimawandel macht auch vor der Stadt Wilhelmshaven nicht halt. Die Anstrengungen der Stadt Wilhelmshaven müssen verstärkt und beschleunigt werden, um das Pariser Klimaschutzabkommen auf kommunaler Ebene umzusetzen.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Produktberichte II/2019 Teilhaushalte 32/37/63

Herr H. Harms trug die Berichte für den Teilhaushalt 32 vor (siehe Anlage).

Im Anschluss daran trug **Herr Marušić** den Bericht für den Teilhaushalt 63 vor (siehe Anlage).

6.2 Bericht von der Demonstration der Landwirte in Oldenburg

Herr Behrends berichtet von der Demonstration der Landwirte vor der Weser-Ems Halle in Oldenburg am 22.10.2019, bei der es selbst zugegen war.

Insgesamt wurden bundesweit 16 Veranstaltungen dieser Art organisiert. Zweck dieser Demonstration war, die Sorgen und Nöte der Landwirtschaft aufzuzeigen. Grundsätzlich, so **Herr Behrends**, sei die Veranstaltung sehr gut verlaufen. Auch sei den Landwirten viel Verständnis entgegen gebracht worden.

Grundsätzlich sei das neue Agrarpaket der Bundesministerien für Umwelt sowie für die Landwirtschaft der Auslöser gewesen. Laut **Herrn Behrends** seien die Auflagen zu hart. Bei den hiesigen Flächen sei ein Verlust von bis zu 25 Prozent der Fläche durch die Pflanzenschutzmaßnahmen möglich. Denn es dürfte entlang der Gewässer nur in einem Abstand von 10 Metern Dünger aufgebracht werden.

Im Anschluss daran bedankte sich **Frau Kloster** für die Ausführungen.

Hierzu fragte **Herr M. Harms**, ob sich die Verantwortlichen der Politik zu den Demonstration geäußert hätten. Laut **Herrn Behrends** hätte Herr Lies (Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz) in Oldenburg Rede und Antwort gestanden, Frau Klöckner (Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft) hätte Gespräche mit den Landwirten zugesagt, nur Frau Schulze (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) hätte für Gespräche nicht zur Verfügung gestanden.

Herr Marušić drückte abschließend das vollste Verständnis seitens der Verwaltung für die Sorgen der Landwirte aus. Entscheidend sei, dass die Konsumenten das eigene Handeln verändern müssten. Diesem Statement schlossen sich Frau Stomberg und Herr Dr. Schulte an.

Ende des öffentlichen Teils 15:18 Uhr

Leinert
Stadtbaurat

Kloster
Vorsitzende

T. Harms
Protokollführer